



KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2014

STADT IM GRÜNEN

beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 12.12.2013

Stand: 12. Dezember 2013

INHALT

INHALT	2
1 FÜR ZUKUNFTSFÄHIGKEIT UND LEBENSQUALITÄT IN KAISERSLAUTERN	3
2 EINMISCHEN ERFORDERT MITBESTIMMUNGSMÖGLICHKEITEN	4
3 STADTENTWICKLUNG – VIELFÄLTIGES URBANES LEBEN IM GRÜNEN	5
3.1 Lebendige Innenstadt und eine Stadt der kurzen Wege	5
3.2 Ruhig und zentral wohnen in guter Nachbarschaft	5
3.3 Öffentlicher Raum mit Qualität gestalten und kreativ nutzen	5
3.4 Gewerbeflächen auf Konversionsflächen ausweisen	5
3.5 Wissenschaftsstandorte integrieren	5
3.6 Pfaff-Gelände zum Technik-, Wohn- und Gesundheitspark entwickeln	5
4 STADT DER BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR	7
4.1 Gute Schulen für mehr Bildungsgerechtigkeit	7
4.2 Wissenschaftsstandort sichern	7
4.3 Lebendige Kulturszene fördern	7
4.4 Freizeit und Sport schaffen Lebensqualität	8
5 EINE STADT FÜR ALLE	9
5.1 Weltoffene Stadt	9
5.2 Diskriminierungen entgegenreten	9
5.3 Für mehr Miteinander	9
5.4 Kinder und Jugend stärken	9
5.4.1 Gute Betreuung für die Kleinen	10
5.4.2 Freiräume für die Jugendlichen	10
5.4.3 Mietfreie Vergabe von Räumlichkeiten	10
5.4.4 Stadtjugendvertretung stärken	10
5.5 Selbstbestimmtes Leben im Alter	10
6 INTAKTE UMWELT	11
6.1 Vielfältiges Grün für Mensch und Natur	11
6.2 Naturnahe Waldwirtschaft und Grünflächenpflege	11
6.3 Müll vermeiden und nachhaltige Abfallwirtschaft	11
6.4 Energiewende lokal vorantreiben	11
6.5 Weniger Lärm	12
7 SAUBER, LEISE UND SCHNELL: GRÜNE VERKEHRSPOLITIK FÜR KAISERSLAUTERN	13
7.1 Öffentlichen Verkehr stärken	13

7.2Sicher und zügig Radfahren	13
7.3Auf dem Weg zur fußgänger*innenfreundlichen Stadt	14
7.4Verkehrsfluss verbessern	14
7.5Gemeinsinn statt Raserei	14
8SOLIDE FINANZ- UND HAUSHALTSPOLITIK.....	15
9WIRTSCHAFTLICHE BASIS STÄRKEN UND ARMUT BEKÄMPFEN.....	16
9.1Wirtschaft und Arbeitsmarkt	16
8.2 Armut und gesellschaftliche Teilhabe	16
8.3 Sozialpass neu konzipieren	16

1 FÜR ZUKUNFTSFÄHIGKEIT UND LEBENSQUALITÄT IN KAISERSLAUTERN

Mit diesem Wahlprogramm möchten wir Sie von unseren Ideen für einen Politikwechsel in Kaiserslautern überzeugen. Wir sind bereit Verantwortung zu übernehmen. Wir leben gerne in unserer Stadt und möchten uns hier für die Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität engagieren. Dafür wollen wir Ihre Stimme – denn nur mit Ihrer Unterstützung können wir im Rathaus und der Stadt mit unseren Konzepten wirken!

Die folgenden vier Grundmotive leiten unsere Kommunalpolitik:

1. Wir sehen Kaiserslautern als **lebendige und vielfältige Stadt**, deren Potenzial wir für ein gelungenes Miteinander in den kommenden Jahren weiter entwickeln und für alle Bürger*innen nutzen wollen. Städtisches Leben in unmittelbarer Nähe zum Pfälzer Wald bietet hohe Lebensqualität und Freiräume für unterschiedliche Lebensentwürfe.
2. Wir wollen Kaiserslautern zu einem **Vorbild für Klima- und Umweltschutz** machen. Alle Politikfelder – von der Verkehrs- bis zur Sozialpolitik – orientieren wir an diesem Ziel. Für die globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel oder den Verlust der Artenvielfalt in der Tier- und Pflanzenwelt, müssen und wollen wir vor Ort Lösungen finden.
3. Wir wollen die **gleichberechtigte Teilhabe aller** in dieser Stadt verwirklichen. Jede und jeder soll ihre und seine Potenziale entfalten können und reale Chancen bekommen - unsere Stadt soll für alle da sein. Damit erfüllt sie ihren Auftrag zur kommunalen Daseinsvorsorge.
4. Wir stehen für ein **weltoffenes Kaiserslautern**, das Freiräume schafft und Neues zulässt. Stadtdemokratie, wie wir sie wollen, ist dialogorientiert und sucht die Beteiligung aller. Unsere Stadt ist angewiesen auf Bürger*innen, die Verantwortung übernehmen und sich engagieren. Diese brauchen wiederum eine offene Stadtpolitik ohne Blockaden.

Wir stehen für eine zukunftsfähige Politik in Kaiserslautern, daher ist ein sorgsamer Umgang mit gemeinschaftlichen, finanziellen Mitteln unabdingbar. Den folgenden Generationen wollen wir eine **handlungsfähige Stadt** hinterlassen. Gerade für Kaiserslautern muss deshalb dringend gemeinsam mit der Bundes- und Landesregierung eine Lösung für die finanziellen Probleme gefunden werden.

2 EINMISCHEN ERFORDERT MITBESTIMMUNGSMÖGLICHKEITEN

Wir Grüne stehen zu einer offenen und inklusiven Gesellschaft, an der alle teilhaben können und in der Platz für viele verschiedene Lebensentwürfe ist.

Bürger*innenrechte sehen wir als Fundament einer lebendigen Demokratie, auf Bundesebene genauso wie vor Ort in unserer Stadt. Wir geben Menschen vor Ort Chancen und Möglichkeiten sich engagiert und kompetent einzubringen, denn die Bürger*innen wissen am besten, was für ihre Stadt wichtig ist. Instrumente der direkten Demokratie möchten wir prüfen und erweitern.

Auf Landesebene wollen wir uns für eine Änderung der Gemeindeordnung stark machen, um die Möglichkeiten des Bürger*innenentscheids, z.B. hinsichtlich Bebauungspläne, zu erweitern.

Wir Grüne fordern die Einrichtung eines **Bürger*innenhaushaltes**. Damit wollen wir die Finanz- und Ausgabenpolitik der Stadt transparent und bürger*innennah gestalten. Wir wollen Interessierten eine echte Chance geben, Vorschläge in die Haushaltsplanungen einzubringen.

Wir stehen für die Wiedereinführung der Ortsbeiräte in der Innenstadt. Gerade in der Innenstadt gibt es erhebliche Probleme ganz eigener Art. Um die Wege kurz und Hürden klein zu halten, braucht es hier ein Ansprechgremium wohnortnah, transparent und niedrigschwellig.

Wir Grüne laden alle Bürger*innen ein, sich an der Weiterentwicklung der Stadt zu beteiligen.

3 STADTENTWICKLUNG – VIELFÄLTIGES URBANES LEBEN IM GRÜNEN

Die Kommune – das ist mehr als eine Verwaltungseinheit. Das sind wir alle als städtische Gemeinschaft. Durch Vielfalt und Unterschiedlichkeit zeichnet sich das städtische Leben aus.

3.1 Lebendige Innenstadt und eine Stadt der kurzen Wege

Das Zusammenspiel von Geschäften, Wohnen, Freizeitnutzung und Kultur belebt die Innenstadt. Von der Stadt der kurzen Wege profitieren alle Generationen.

Der Bau des ECE-Centers stellt die Innenstadtentwicklung vor große Herausforderungen. Wir Grüne werden darauf achten, dass die Stadt auf die Einhaltung der Vereinbarungen des städtebaulichen Vertrages pocht. Uns ist wichtig, dass der Durchgang von der Fackel- in die Mühlstraße 24 Stunden geöffnet ist. Für die Einbindung des Einkaufszentrums in das städtische Gefüge ist der zusätzliche Eingang im Osten unbedingt nötig.

Das in Aussicht gestellte Innenstadtmanagement muss dazu beitragen, Leerstand in innerstädtischen Geschäftsgebäuden zu verhindern. Die Stadt sollte grundsätzlich Nutzungsänderungen aufgeschlossen gegenüberstehen. Dafür ist ein Leerstandskataster anzulegen.

Wir Grüne stehen weiterhin hinter dem städtischen Einzelhandelskonzept und unterstützen damit das Bestreben, großflächigen Einzelhandel in den Außenbezirken zurückzudrängen.

Die Nahversorgung sollte in allen Stadtvierteln und Stadtteilen gewährleistet sein. Wir begrüßen Dorfladenkonzepte, die zusätzlich zur Nahversorgung auch Dienstleistungen anbieten.

3.2 Ruhig und zentral wohnen in guter Nachbarschaft

Kaiserslautern bietet beste Voraussetzungen, um ruhig und gleichzeitig zentral zu wohnen. Wir begrüßen den Trend, dass das Wohnen in der Innenstadt wieder stärker nachgefragt wird. Dafür sollte die Stadt mit den Handlungsmöglichkeiten des Baugesetzbuches schlecht genutzte Flächen in der Innenstadt für die Wohnnutzung entwickeln.

Wir wollen keine neuen Baugebiete in den Stadtteilen ausweisen, denn der Bedarf an Wohnraum kann durch maßvolle Nachverdichtung gedeckt werden.

Mittelfristig wird die Bevölkerungszahl in Kaiserslautern zurückgehen. Einer Nutzungsänderung von ungenutzten Flächen und Gebäuden stehen wir positiv gegenüber.

Um aktive Nachbarschaften zu unterstützen und damit die Potenziale und Selbsthilfemöglichkeiten der Bewohner*innen zu fördern, stehen wir dazu, das Quartiersmanagement in der Innenstadt West und auf dem Bännjerrück zu erhalten. Die Stadt soll darüber hinaus offensiv Förderprogramme nutzen, um derartige Aktivitäten auszudehnen.

3.3 Öffentlicher Raum mit Qualität gestalten und kreativ nutzen

Wir möchten uns für eine hohe städtebauliche Qualität des öffentlichen Raums einsetzen. Neubauten müssen sich maßstabs- und gestaltungsgerecht in die bestehende Struktur einfügen. Ein unabhängiger Gestaltungsbeirat oder Wettbewerbe sollten städtebaulich bedeutende Bauvorhaben begleiten. Dafür kann die Zusammenarbeit mit den Architektur-Fakultäten der Technischen Universität und der Hochschule verstärkt werden. Bei Leerstand oder Unternutzung von städtischen Flächen sind wir für kreative Zwischennutzungen offen, wie sie etwa die „Raumpiraten“ initiieren.

Auch Initiativen, die kreative Impulse für die soziale Weiterentwicklung der Stadt setzen, zum Beispiel die „Tauschbox“, „Urbane Gärten“ oder das „Foodsharing“, begrüßen wir ausdrücklich.

Die Bedürfnisse von älteren Menschen und Familien müssen im öffentlichen Raum stärker berücksichtigt werden: Sitz- und Spielmöglichkeiten in der Fußgängerzone, an Plätzen und Grünflächen bringen Lebensqualität. Wir möchten in Zusammenarbeit mit privaten Geldgeber*innen für entsprechende Verbesserungen sorgen. Die freie Zugänglichkeit des öffentlichen Raums darf nicht durch Privatisierung den Interessen des Kommerzes untergeordnet werden.

3.4 Gewerbeflächen auf Konversionsflächen ausweisen

Vor der Bebauung von naturnahen Flächen sollten alle Mittel ausgeschöpft werden, Gewerbe auf Konversionsflächen anzusiedeln. Mittelfristig wird zum Beispiel das Militär die Quartiermasterkaserne nicht mehr nutzen.

3.5 Wissenschaftsstandorte integrieren

Der Wandel von Kaiserslautern hin zu einer Stadt der Wissenschaft ist ein großer Erfolg. Die Stadt sollte ihre Rolle als aktive Vermittlerin zwischen Technischer Universität, Hochschule, Unternehmen und Instituten ausbauen. Räumlich bietet die städtebauliche Entwicklung des Pfaff-Geländes eine Chance, Institute oder wissenschaftsbasierte Unternehmen mit der Stadt zu verknüpfen.

3.6 Pfaff-Gelände zum Technik-, Wohn- und Gesundheitspark entwickeln

Wir Grüne setzen uns auch mit Blick auf die Verantwortlichen auf Landesebene dafür ein, die Grundwassersanierung kurzfristig einzurichten, um eine weitere Ausbreitung von belastetem Grundwasser zu verhindern.

Das Pfaff-Gelände bietet die Chance, in der Innenstadt einen Standort für technische Entwicklungen, Grünflächen, Gesundheitseinrichtungen und neue Wohnungen zu schaffen. Die Nähe zur Universität, zu den Forschungsinstituten und die bestehenden Netzwerke mit Unternehmen begünstigen die Firmenneugründungen.

Die Stadt muss dringend einen Entwicklungsplan erstellen, damit die Sanierung auf die geplanten Nutzungen zugeschnitten werden kann. Anhand dieses Entwicklungsplans kann das Gelände schrittweise vor dem Hintergrund des technisch und finanziell Machbaren erschlossen werden. Wir setzen uns für eine langfristige Entwicklung mit hochwertigen Nutzungen und dem Ziel eines Technologieparks ein. Eine kurzfristig lukrativere Vermarktung zahlt sich nicht aus, wie die Besetzung der Flächen mit Einzelhandel an der Zollamt-Straße zeigt.

4 STADT DER BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

4.1 Gute Schulen für mehr Bildungsgerechtigkeit

Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und individuellen Lebenserfolg. Deshalb sehen wir Grüne auch auf kommunaler Ebene im Bildungsbereich wichtige Handlungsfelder.

Kommunalpolitik muss hier ihre Verantwortung erkennen und wahrnehmen, anstatt Bildung nur als Kostenfaktor zu verstehen. Wir fordern die Einrichtung einer dritten integrierten Gesamtschule (IGS) für den Bereich der Sekundarstufe 1.

Eine wohnortnahe Schulversorgung ist auch bei zurückgehenden Schüler*innenzahlen zu gewährleisten. Die Ganztagsangebote in Kaiserslautern müssen ausgeweitet werden.

Der bauliche Zustand, das Raumangebot und die technische Ausstattung der Schulen müssen zeitgemäßen Anforderungen entsprechen, um eine lernförderliche Umgebung sicherzustellen. Eventuelle Schadstoffbelastungen müssen minimiert werden. Die Stadt Kaiserslautern muss sicherstellen, dass die Schulen angemessen mit Hausmeister*innen- und Sekretariatsstellen versorgt sind.

Ganztagschulen sollen ein gesundes Mittagessen anbieten, möglichst aus regionalen, saisonalen und ökologisch produzierten Nahrungsmitteln.

Wir wollen selbstständige Schulen, die allen Schüler*innen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund ein individuelles Bildungsangebot machen und so die bestmögliche Ausbildung bieten. Zu diesem Zweck ist zu prüfen, inwieweit den Schulen in Kaiserslautern ein höheres Maß an Eigenständigkeit in finanziellen Angelegenheiten eingeräumt werden kann.

Die Bildungseinrichtungen in Kaiserslautern und Umgebung sind in ihrer Gesamtheit als Bildungslandschaft zu verstehen, in der jede*r Akteur*in seine spezifische Aufgabe erfüllt. Dazu brauchen wir einen kommunalen Bildungsatlas, der eine vollständige Bestandsaufnahme aller Angebote für Kinder, Jugendliche, Familien und Erwachsene auch unter dem besonderen Blickwinkel der Inklusion bietet.

Wir fordern die Erweiterung der Schulsozialarbeit, d.h., dass in allen Schularten Schulsozialarbeiter*innen tätig werden.

Durch Kooperationen zwischen Schulen und Wirtschaft sollen die Schüler*innen, zum Beispiel durch mehr Berufspraktika als bisher, an die Berufswelt herangeführt werden.

Wir plädieren dafür, dass sich die Stadt Kaiserslautern gemeinsam mit anderen rheinland-pfälzischen Städten dafür einsetzt, dass die Wohnortgemeinde der Schüler*innen auch die Kosten für den Schulbus übernimmt. Darüber hinaus fordern wir, dass das Land Rheinland-Pfalz die tatsächlichen Verwaltungskosten der Schulbuchausleihe trägt.

4.2 Wissenschaftsstandort sichern

In der Stadt Kaiserslautern haben sich in Nachbarschaft zum Universitätsgelände mehrere wichtige Forschungseinrichtungen angesiedelt. Dies ist eine große Chance für Kaiserslautern. Damit kann das enge Zusammenspiel von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen weiter gefördert und ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Forschung auch für die Entwicklung unserer Stadt eingesetzt wird. Eine wichtige Aufgabe regionaler Wirtschaftspolitik ist aus Sicht der Grünen, darauf zu achten, dass sich insbesondere Forschungs- und Produktionsstätten ansiedeln, die sich der Nachhaltigkeit und der gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet fühlen.

4.3 Lebendige Kulturszene fördern

Kaiserslautern ist eine Stadt mit vielfältiger Kultur. Wir Grüne setzen uns dafür ein, Freiräume für die Kulturschaffenden zu fördern und die Eigenverantwortlichkeit der Akteur*innen in den Kultureinrichtungen zu stärken.

Die Kultureinrichtungen der Stadt haben in der Vergangenheit Budgetkürzungen hinnehmen müssen. Weitere Sparmaßnahmen sind nun nicht mehr zu verkraften. So würden weitere Kürzungen der städtischen Leistungen an die Kammgarn GmbH beispielsweise die künstlerischen Möglichkeiten grundsätzlich beschneiden.

Die großen Kultureinrichtungen wie Pfalztheater, Pfalzgalerie, Pfalzbibliothek und das Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde sichern als Einrichtungen des Bezirksverbandes ein breites kulturelles Angebot und sollen erhalten bleiben.

Kultur fördert das gesellschaftliche Leben und die städtische Identität. Es sollen daher Instrumente geprüft werden, die eine möglichst breite Nutzung durch die Bevölkerung möglich machen. Die lange Nacht der Kultur muss erhalten bleiben.

Kunst und Kultur machen Kaiserslautern für Investor*innen und Neubürger*innen attraktiv. Das Stadtmarketing muss sich neben der Vermarktung von Großereignissen um eine überregionale Wahrnehmung von Kaiserslauterns Vielfalt in Kunst und Kultur bemühen.

Musikschule, Volkshochschule, Stadtbibliothek und Museen sind kulturpädagogische Einrichtungen, für deren sicheren Erhalt wir eintreten.

Wir unterstützen die vielfältige freie Kulturszene, die sich in den letzten Jahren in Kaiserslautern etabliert hat. Wir wollen damit die Vielfalt und künstlerische Freiheit gewährleisten. Insbesondere für Jugendliche sind die Angebote interessant. Wir setzen uns dafür ein, dass die freie Kulturszene ihren Anteil an öffentlichen Mitteln erhält.

4.4 Freizeit und Sport schaffen Lebensqualität

Für uns Grüne steht ein Weiterbetrieb der städtischen Bäder außer Frage.

Die hohen Besucher*innenzahlen von Waschmühle und Warmfreibad bestätigen deren Beliebtheit und unterstreichen unsere Forderung diese zu erhalten. Da es sich beim Warmfreibad in Kaiserslautern um das einzige barrierearme Schwimmbad der Stadt handelt, fordern wir die Wassertemperatur um 2 Grad wieder auf 23 Grad anzuheben.

Durch die kühlen Temperaturen der letzten beiden Sommer haben viele Bürger*innen mit Behinderungen das Bad nur eingeschränkt nutzen können.

Wenn ein Weiterbetrieb des Bades gesichert ist, lohnen sich zur Energieeinsparung auch andere Maßnahmen: Die Abdeckung der Wasserfläche, eine solare Vorerwärmung und günstigere Filtersysteme. Insgesamt wäre der Betrieb des Bades durch solche Maßnahmen günstiger als bisher mit kühlerer Wassertemperatur.

Die Sportvereine bieten ein unverzichtbares Angebot für Gesundheit, Freizeit und Leistungssport. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten soll die Stadt sie weiterhin unterstützen und Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

5 EINE STADT FÜR ALLE

Wir wollen eine Stadt für alle Menschen bieten, die hier leben und leben möchten. Egal welcher Herkunft – jede und jeder hat ein Recht auf Bildung, Arbeit, Beteiligung und auf ein Leben in Würde.

5.1 Weltoffene Stadt

Kaiserslautern ist eine multiethnische und multikulturelle Stadt. Der Anteil ausländischer Bürger*innen liegt seit Jahren konstant um die 11%, in einigen Stadtteilen bei ca. 15%. Wir sehen darin einen Gewinn für die Stadt. Unterschiedliche Kulturen tragen zur Vielfalt bei.

"Im Zeitalter der Globalisierung und des weltweiten Wettbewerbs der Standorte spielt die Weltoffenheit einer Stadt als weicher Standortfaktor eine immer größere Rolle. Deshalb werden wir Kaiserslautern zu einer multikulturellen Stadt, in der Menschen aus vielen Nationen voll integriert sind und gerne leben, weiter entwickeln." (aus dem Integrationskonzept der Stadt Kaiserslautern).

Die Stadt hat zu Beginn des Jahres 2013 ein Integrationskonzept verabschiedet, das eine Vielzahl von wichtigen Vorhaben für die kommenden Jahre beschreibt und fordert. Dieses Konzept mit seinen Maßnahmen unterstützen wir ausdrücklich.

Deshalb werden wir uns im Stadtrat dafür stark machen, dass es zur Umsetzung der Maßnahmen kommt. Wir möchten die Akteur*innen der Projekte zu einem geeigneten Zeitpunkt einladen, um Bilanz zu ziehen.

Intoleranz, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind leider allzu oft Alltag in Kaiserslautern. Die Grünen stellen sich dem gemeinsam mit der Mehrheit der Gesellschaft entschieden entgegen!

Der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit kommt aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung zu und muss weiter gefördert werden, deshalb unterstützen wir auch zukünftig die Stolperstein-Aktion in der Stadt. Die Ehrenbürgerschaft von Hitler und anderen Nazi- Verbrechern wurde auf unseren Antrag hin endlich beendet.

Den Widerstand gegen Nazis und Rechtsextremist*innen wollen wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln stärken und wir erheben unsere Stimme auch dann, wenn Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Rechtsextreme Propaganda an Schulen und anderswo verurteilen wir aufs Schärfste und stellen uns dieser engagiert entgegen.

5.2 Diskriminierungen entgentreten

„Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten.“ (Art. 19 Vertrag über die Europäische Union)

Leider ist Diskriminierung auch in unserer Stadt noch immer verbreitet. Sie kann jede und jeden von uns treffen. Wir Grüne wollen in einem offenen und bunten Kaiserslautern zusammenleben und werden jedem Diskriminierungsversuch deutlich entgentreten.

Deshalb fordern wir in der nächsten Legislaturperiode die Einführung einer Antidiskriminierungsstelle unter Einbeziehung bisheriger Stellen für die Gleichstellung spezifischer Gruppen. Die Antidiskriminierungsstelle soll informieren, aufklären und Vorbehalte abbauen, damit

Benachteiligungen gar nicht erst entstehen. Außerdem soll sie dazu beitragen, dass Menschen, die diskriminiert werden, ihre Rechte kennen und sich behaupten können.

Als weiteres wichtiges Zeichen sehen wir die Verabschiedung einer Antidiskriminierungsrichtlinie als Selbstverpflichtung für die städtische Verwaltung. Dafür werden wir uns im Rat stark machen.

Ebenfalls fordern wir die Errichtung eines Netzwerkes Antidiskriminierung, in der auch alle zielgruppenspezifischen Selbsthilfeorganisationen eingebunden werden (Frauen, Behinderte, Migrant*innen, Homosexuelle usw.). Das Netzwerk kann gemeinsam mit der Antidiskriminierungsstelle Veranstaltungen und Maßnahmen planen, die der Diskriminierung entgegenwirken. Diese Maßnahmen sollen ebenfalls dazu dienen, die zielgruppenspezifische Arbeit für Minderheiten bzw. Betroffene zusammen abzustimmen.

5.3 Für mehr Miteinander

Wir Grüne setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der es normal ist, verschieden zu sein und zu der alle Zugang haben. Unabhängig von Behinderung, Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Alter oder Elternhaus: Wir bauen die Barrieren ab. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Freiheitsrechte, Teilhabechancen und Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens haben.

Wir wissen aber auch, dass wir nicht das, was über Jahrzehnte hinweg falsch gelaufen ist, in kürzester Zeit vom Kopf auf die Füße stellen können. Dementsprechend betrachten wir die Inklusion als gesamtgesellschaftlichen Prozess, der eines sensiblen Umgangs bedarf. Deshalb legen wir besonderes Augenmerk darauf, die Betroffenen beim Abbau von Barrieren mitzunehmen. Dies bedeutet für uns, dass wir sie als Expert*innen in eigener Sache beteiligen wollen und nicht über deren Köpfe hinweg entscheiden werden.

Insbesondere in pädagogischen Einrichtungen ist es uns ein zentrales Anliegen, denjenigen Menschen, die für eine gelingende Inklusion Verantwortung tragen, Hilfestellungen wie beispielsweise Fortbildungen zu geben.

5.4 Kinder und Jugend stärken

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Sie brauchen alle einen gerechten Zugang zur Bildung und zu Freizeitangeboten – und das ganz unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Sie brauchen gute, kompetente Betreuung und Freiräume, um sich entfalten zu können und zu selbstbewussten Erwachsenen heranzuwachsen.

5.4.1 Gute Betreuung für die Kleinen

Die derzeit noch fehlenden Stellen zur lückenlosen Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz wollen wir schnellst möglich besetzen. Notwendige Einrichtungen müssen neu geschaffen werden. Einer Kürzungspolitik im Sozial- und Betreuungsbereich stellen wir uns entschieden entgegen.

5.4.2 Freiräume für die Jugendlichen

Mit unserer Jugendpolitik wollen wir die Eigenständigkeit und Selbstverantwortung der heranwachsenden Menschen fördern. Hierzu braucht es Freiräume, in denen sich junge Menschen ausprobieren können.

Wir Grüne stellen uns gegen die permanente Einsparungspolitik im Jugendbereich. Wir fordern Bestandsschutz für alle derzeit bestehenden Jugendeinrichtungen und deren Offenhaltung für alle

Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In der Jugendarbeit darf es keine weiteren Stellenkürzungen geben – stattdessen setzen wir uns für eine Aufstockung der Beschäftigtenzahlen in der Jugendarbeit ein.

Die Jugendarbeit freier Träger*innen, von Jugendverbänden und des Stadtjugendrings unterstützen wir Grüne ausdrücklich. Die kommunale Förderung dieser Jugendarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Jugendhilfe. Die Stelle eines*r Stadtjugendpfleger*in ist umgehend wieder zu besetzen.

5.4.3 Mietfremie Vergabe von Räumlichkeiten

Vorhandene Räumlichkeiten der Stadt, wie z.B. in der Augusta- und Pariser Straße wollen wir Vereinen und Gruppen für Jugendarbeit, Freizeitgestaltung und nicht-kommerzielle Kulturveranstaltungen mietfremie zur Verfügung stellen. Dies erleichtert deren Arbeit und schafft Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Jugendliche.

5.4.4 Stadtjugendvertretung stärken

Wir wollen politische Freiräume schaffen und jungen Menschen die Beteiligung in kommunalen Prozessen erleichtern. Wir wollen es Jugendlichen ermöglichen, eigene Projekte zu initiieren und umzusetzen. Dies erfordert eine starke Jugendvertretung. Jugendliche brauchen eine Stimme und ein Budget für eigene Projekte. Damit gewinnt das Engagement in der Jugendvertretung an Attraktivität und die Stadt an kreativen jungen Ideen.

5.5 Selbstbestimmtes Leben im Alter

Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt zu Hause alt werden können. Dafür muss die ambulante pflegerische Infrastruktur gestärkt werden ohne dabei die notwendigen stationären Einrichtungen zu vernachlässigen. Wir brauchen niedrigschwellige, quartiersbezogene Versorgungsangebote und mehr barrierearmen Wohnraum. Mobile Praxisteam sind sinnvolle und notwendige Ergänzungen. Eine stärkere Vernetzung von stationären mit ambulanten, medizinischen und pflegerischen Angeboten wollen wir fördern und ausbauen

Die Bau AG sollte ihre bisherigen Anstrengungen für altersgerechtes Wohnen fortführen. In bestehenden Wohnquartieren sollen komfortable und barrierearme Wohnungen eingerichtet werden. Soziale Dienstleister*innen bieten rund um die Uhr Hilfe im Haushalt sowie Betreuung oder Pflege je nach Bedarf an.

Das Projekt des „Assisted Living“ der Bau-AG in der Albert-Schweitzer-Straße zeigt die zukünftigen technischen Möglichkeiten in einer alternden Stadt auf. Dies sollte von Angeboten sozialer Dienstleister*innen im Haushalt und von Pflege nach Bedarf begleitet werden. Dieses Angebot kann mit einer sozialen Begleitung und z.B. einem Wohncafé als Treffpunkt unterstützt werden, die allen Menschen in der Nachbarschaft offensteht.

Um pflegende Angehörige zu unterstützen, wollen wir die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf erleichtern. Die Stadt als Arbeitgeberin muss hier Vorbild sein, ihren Angestellten in solchen Fällen entgegenkommen und faire Arbeitszeiten sowie eine faire Bezahlung anbieten. Entsprechende Betriebsvereinbarungen muss die Stadt in ihren Verwaltungen auf den Weg bringen.

Die Stadt Kaiserslautern soll ihren Beitrag dazu leisten, junge Menschen und Quereinsteiger*innen für den Pflegeberuf zu begeistern. Gemeinsam mit Träger*innen der Wohlfahrtspflege, privaten Dienstleister*innen und den Pflegekassen könnten entsprechende Aktionen angestoßen werden.

6 INTAKTE UMWELT

Mit einer ökologisch ausgerichteten Politik wollen wir auf kommunaler Ebene unseren Beitrag dazu leisten, dass auch nachfolgende Generationen ausreichende Ressourcen zur Verfügung haben. Eine ökologische Kehrtwende beginnt bei jedem und jeder und hier vor Ort.

6.1 Vielfältiges Grün für Mensch und Natur

Stadtnahe Spaziergänge stehen immer noch generationsübergreifend auf Platz 1 der Freizeitgestaltung. Unser direktes Wohnumfeld hat damit hohen Einfluss auf unsere Lebensqualität. Für unsere Gesundheit sind wir auf saubere Luft und Ruhe angewiesen. Für Tiere und Pflanzen bietet auch die Stadt verschiedene Lebensräume, die wir erhalten möchten.

Ein Grünflächenkonzept für Kaiserslautern ist überfällig, um das Stadtklima und die Wohnqualität zu verbessern und die biologische Vielfalt zu fördern. Die Kaltluftschneisen sollen von zusätzlicher Bebauung freigehalten werden, um der teilweise starken Luftverschmutzung in der Innenstadt entgegenzuwirken. Eine der letzten Kaltluftschneisen an der Bremerstraße darf nicht wie geplant zugebaut werden.

Begrünte Fassaden und Dächer leisten einen Beitrag für das Mikroklima und die Regenwasserrückhaltung. Die Stadt sollte Privatleute dabei unterstützen und bei öffentlichen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen.

Straßenbäume sind zu erhalten und Lücken neu zu bepflanzen. Fällungen dürfen nur das letzte Mittel der Wahl sein. Bei Pflanzungen von Bäumen, Sträuchern und Stauden sollte auf standortgerechte, heimische Arten zurückgegriffen werden, die den Artenreichtum erhalten.

Baumschutzmaßnahmen müssen in Baugenehmigungsverfahren vertraglich verankert und deren Umsetzung unter Anwendung eines Bußgeldkatalogs kontrolliert werden.

Für den Bodenschutz fordern wir Grüne ein Entsiegelungsprogramm. Der Einsatz von Streusalz ist auf ein absolutes Minimum zu begrenzen und dient ausschließlich der Verkehrssicherheit auf Hauptverkehrsstraßen. Auf Gehwegen ist das Streuen von Salz ohnehin gemäß städtischer Satzung verboten. Wir fordern den Einsatz von umweltfreundlicheren Alternativen.

6.2 Naturnahe Waldwirtschaft und Grünflächenpflege

Der Cäsarpark wurde kahl geschlagen. Nach diesem Skandal prüft die FSC – Zertifizierungsstelle, ob die Stadt Kaiserslautern in ihrem Wald die Kriterien einer nachhaltigen Waldwirtschaft noch einhält. Die Einebnung des Schutzwaldes zwischen Autobahn und Wohngebiet ohne Information der Öffentlichkeit müssen Konsequenzen haben, damit dies nicht mehr vorkommt.

Fällungen und Eingriffe sind den Einwohner*innen nach Art und Umfang bekannt zu machen und rechtzeitig im Vorfeld zu veröffentlichen. Die Naturschutzverbände sind über die geplanten Maßnahmen zu informieren, insbesondere über geplante Fällungen in den ökologischen äußerst hochwertigen Eichenwaldbeständen in den Kranzeichen.

Die Entscheidung, eine Kernzone des Biosphärenreservats am Humberg auszuweisen, war aus ökologischen Gesichtspunkten falsch. Da in ökologisch besser geeigneten Waldgebieten noch großer Profit durch das Fällen alter Eichen zu erwarten war, wurde lediglich das Waldgebiet direkt hinter dem Humbergturm als Kernzone mit hohem Schutzstatus ausgewiesen. Doch die Nutzung als Erholungsgebiet ist erheblich und der dem Schutzstatus entsprechende Rückbau der Wanderwege ist nicht umsetzbar. Deshalb muss die Kernzonenauswahl überprüft werden. Das ökologische,

wirtschaftliche und touristische Potenzial des Biosphärenreservats sollte ausgewogen genutzt werden.

6.3 Müll vermeiden und nachhaltige Abfallwirtschaft

In den vergangenen Jahren haben wir zu spüren bekommen, dass uns der Müll in Kaiserslautern teuer zu stehen kommt. Aus diesem Grund sollen weitere Optimierungen im Managementbereich und eine Restrukturierung der ASK vorgenommen werden. Doch auch ein besseres Management ändert nichts daran, dass uns die Entsorgung des Mülls vor immer größere und teurere Probleme stellt.

Die Deponie Kapiteltal soll durch die Einrichtung einer neuen Deponie auf dem Altdeponiekörper erweitert werden. Wir Grüne lehnen die Erweiterung in ihrer geplanten Form ab, da die Altdeponie über keine ausreichende Basisabdichtung verfügt und Sickerwässer das Grundwasser gefährden. Ökologisch sinnvollere Varianten, wie sie z.B. bei der Sanierung der Deponie Rechenbachtal erfolgreich angewandt wurden, sind bei der Planung aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht in Erwägung gezogen worden. Damit sind die Kosten, die durch eine sachgemäße Sanierung der Deponie entstehen würden, auf nachfolgende Generationen verlagert worden, zusätzlich zu den zu erwartenden Umweltschäden. Da die Genehmigung durch die Behörde jedoch bereits erteilt wurde, verlangen wir Grüne, dass die in der Planung genannten Sicherheitsmaßnahmen als absolute Mindeststandards für die Umsetzung unbedingt eingehalten werden müssen und unter keinen Umständen nachträglich reduziert werden dürfen. Wir werden uns für eine lückenlose Kontrolle während der Erweiterungsmaßnahmen einsetzen und für Transparenz während des gesamten Prozesses.

Die städtischen Einrichtungen sollten selbst Vorbild bei der Müllvermeidung werden und Recyclingmaterial verwenden. Viele Standorte von Altglascontainern wurden in den vergangenen Jahren aufgegeben. Wir setzen uns hier für eine Kehrtwende und ein flächendeckendes Netz von Containern aus.

Wir wollen Bürger*innen sowie Unternehmen wirtschaftliche Anreize bieten, Müll zu vermeiden. Zum Beispiel könnten mit einem Chip-und-Wiege-System finanzielle Anreize zur Müllvermeidung geschaffen werden.

6.4 Energiewende lokal vorantreiben

Von der Energiewende profitieren wir auch vor Ort mehrfach: Wir sichern Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze in der Region, machen uns unabhängiger von fossilen Energieträgern und vermeiden schädliche Emissionen für Natur, Klima und Mensch. Der weitere Ausbau von erneuerbaren Energieträgern bleibt wichtig. Energieeinsparung, die intelligente Verwendung von Energie und die Energiespeicherung sind Teil der Energiewende und müssen stärker in den Blick genommen werden. Energie, die gar nicht erst erzeugt werden muss, belastet die Umwelt und den Geldbeutel am wenigsten.

Ineffiziente Gebäudeheizungen und unzureichend gedämmte Häuser sind die größten Energiefresser. Dennoch ist die Sanierungsquote von Bestandsgebäuden in Kaiserslautern in den letzten Jahren sehr niedrig gewesen. Vorbild können hier die Nachbarkommunen Hochspeyer, Weilerbach und Enkenbach-Alsenborn sein, die sich stark im Klimaschutz engagieren und Privatpersonen animieren, ihre Häuser zu dämmen.

Für das Energiesparen brauchen wir eine neue Verantwortungskultur. Auch in diesem Punkt muss die Verwaltung eine Vorreiterrolle einnehmen. Folgende Maßnahmen kommen in Betracht: eine Energetische Optimierung aller öffentlichen Gebäude, bei denen dies wirtschaftlich sinnvoll ist und die Schulung der Mitarbeiter*innen zur energiesparenden Arbeitsweise.

Außerdem sollen die Straßenbeleuchtungen und Ampeln vollständig auf den energiesparenden LED-Betrieb umgerüstet werden.

Ferner setzen wir uns für die sinnvolle Nutzung von Solarstrom ein. Vor allem auf öffentlichen Gebäuden soll der Ausbau vorangetrieben werden. Hier sind die Bürger*innen unmittelbar durch entsprechende Unternehmensformen zu beteiligen.

Wir Grüne fordern darüber hinaus eine Prüfung, wo und in welchem Ausmaß regenerative Energiegewinnung vor Ort in Zusammenarbeit mit regionalen Energieunternehmen und den Bürger*innen möglich ist. Denkbar ist hier z.B. Energie aus Wasserkraft in der Staustufe vor der Kläranlage.

Wir unterstützen ausdrücklich die Energiegewinnung auf dem Deponiegelände.

Wir fordern schließlich ein Überdenken der Beschaffung von Dienstfahrzeugen der Stadt Kaiserslautern und den Wandel zu Elektroautos und Fahrrädern, vor allem für kurze Dienstfahrten.

6.5 Weniger Lärm

Wir setzen uns für eine Reduzierung der Lärmbelastung in und um Kaiserslautern ein. Denn Lärm macht krank – dies belegt eine Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen.

Die Stadt soll sich intensiv dafür einsetzen, dass der Fluglärm der Airbase Ramstein und der Flugrouten über der Stadt abnimmt, insbesondere nachts. Auch der Betrieb des Bahnhofs, der angeschlossenen Gewerbebetriebe und der Bahn muss leiser werden. Wir fordern den Vollzug der vorhandenen Lärmschutzgesetze auf kommunaler Ebene.

Durch die grünen Verkehrskonzepte für unsere Stadt wird der Straßenlärm reduziert.

7 SAUBER, LEISE UND SCHNELL: GRÜNE VERKEHRSPOLITIK FÜR KAISERSLAUTERN

Die Verkehrspolitik in Kaiserslautern war in der Vergangenheit klar auf den motorisierten Individualverkehr zugeschnitten. Durch die Höhe der Zuwendungen vom Land lässt sich klar benennen, dass die Stadt mit Abstand den Autoverkehr am stärksten gefördert hat. Unrühmliche Höhepunkte waren unter anderem eine bisher noch immer ersatzlose Sperrung der B 270 für Radfahrer*innen als der Hauptverkehrsachse in Richtung Weilerbach und Industriegebiet Nord, die jahrelange Verzögerung des Bahnhaltdepotbesitzes Hohenecken und der Neubau verschiedener Hauptverkehrsachsen, ohne den Rad- und Fußgänger*innenverkehr angemessen zu berücksichtigen (Trippstadter Straße, Zollamtstraße etc.). Als Konsequenz aus dieser Politik ist der Anteil an Autofahrten im Vergleich zu anderen Städten rekordverdächtig hoch.

Kaiserslautern hat sich ehrgeizige Ziele zur CO₂-Reduzierung gesetzt, die nur mit einer Verkehrswende erreicht werden können. Ein umweltfreundlicher Verkehr ist dabei zugleich ein stadtverträglicher Verkehr, bei dem sich auch die langsameren Verkehrsteilnehmer*innen sicher und gleichberechtigt fortbewegen können. Straßen sind nicht nur Fahrbahnen, sondern sollten vor allem in Wohngebieten als öffentlicher Raum der Begegnung und dem Spiel dienen.

Wir Grüne wollen die Verkehrsinfrastruktur so gestalten, dass das Zufußgehen, Radfahren sowie die Benutzung von Bus und Bahn eine echte Alternative zum Auto sind und gleichberechtigt gefördert werden.

7.1 Öffentlichen Verkehr stärken

Die Bahn ist attraktiv, wie der Erfolg der S-Bahn zeigt. Um in Kaiserslautern noch mehr Fahrgäste für die Bahn zu gewinnen, sind Investitionen nötig. Die Stadt muss sich mit allen Kräften dafür einsetzen, dass der Baubeginn des Bahnhaltdepotbesitzes Hohenecken 2014 erfolgt. Mit dem Bau von IKEA soll die Verknüpfung von Bus und Bahn am Bahnhaltdepotbesitz Vogelweh verbessert werden. Bisher sind dort die Wege für Umsteiger*innen zu lang und die Orientierung ist schwierig.

Mittel- und langfristig setzen wir uns zusätzlich für folgende Infrastrukturvorhaben ein:

Die Einrichtung eines Bahnhaltdepotbesitzes in der Nähe des früheren Nordbahnhofes in Kaiserslautern sollte geprüft werden. Dabei ist auf die Verknüpfung mit den städtischen und regionalen Buslinien zu achten.

Wir Grünen bekennen uns zur Zellertalbahn als eine zukunftsfähige Verbindung von Kaiserslautern nach Worms.

Die Trasse der Bachbahn von Kaiserslautern in Richtung Weilerbach gilt es für künftige Nutzungen als Eisenbahn bzw. dieselbetriebene Stadtbahn zu erhalten, denn hier bietet sich unter anderem die Möglichkeit das Gewerbegebiet Nord zu erschließen und für Betriebe attraktiver zu gestalten. Die seitens der Stadt betriebene planrechtliche Beseitigung (sogenannte Entwidmung) der Strecke würde diese Zukunftsoption für immer verbauen. Für den als alternative Nutzung der Trasse vorgesehenen Radweg gibt es kein belastbares Finanzierungskonzept – dies gilt sowohl für den Kauf und den Umbau der Trasse wie auch für dessen Unterhaltung. Deshalb sind die Planungen für einen Radweg von Weilerbach nach Otterbach auf machbare Varianten anzupassen.

Wir stehen zum Busverkehr der SWK in Kaiserslautern. Als Ergänzung der Linien möchten wir eine neue Buslinie einführen, die zunächst die Stadtteile im Süden (unter anderem mit einer direkten Verbindung zwischen Klinikum und HBF) als „Ring“ direkt verbindet. Um die Stadtteile

zu den Randzeiten und am Wochenende besser anzubinden, wollen wir prüfen, welche flexiblen, alternativen Bediensysteme gleichzeitig umwelt- und kundenfreundlich sowie kosteneffizient sind.

7.2 Sicher und zügig Radfahren

Kaiserslautern ist eines der Schlusslichter der bundesdeutschen Universitätsstädte beim Anteil des Radverkehrs. Doch die Stadt hat Potenzial, denn für die kurzen Wege ist das Fahrrad als Verkehrsmittel ideal.

Um das Fahrradfahren zu erleichtern, möchten wir eine Fahrrad-Offensive anstoßen, die Bürger*innen ermutigt, statt das Auto öfter das Rad zu nutzen. Auf zwei Säulen fußt die Offensive: Öffentliches Werben für das Rad und eine Verbesserung der Fahrrad-Infrastruktur. Letztere muss in Kooperation mit dem Landkreis durch ein endlich zu erstellendes Radwegkonzept zukunftsweisend geplant werden.

Da die Straßen in Kaiserslautern größtenteils sehr beengt sind, wird meist der Bau eines klassischen Radwegs nicht möglich sein. Die Umwidmung in Fahrradstraßen oder Tempo 30 auf stark befahrenen Straßen mit ggf. entsprechender Ampelschaltung erreichen das Ziel eines sicheren und schnellen Radverkehrs in unserer Stadt besser und kostengünstiger. Wir bevorzugen Fahrradstreifen auf der Fahrbahn gegenüber den Fahrradwegen auf dem Gehweg.

Konkret setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- weitere Einbahnstraßen wollen wir im Gegenverkehr für Radfahrer*innen öffnen.
- An Gebäuden mit Publikumsverkehr müssen angemessene und ausreichende Fahrradstellplätze zur Verfügung stehen. Für zukünftige Neubauten mit solchem Publikumsverkehr wollen wir im Einklang mit der Landesbauordnung eine Pflicht zum Bau von Fahrradstellplätzen.
- Alle weiterführenden Schulen brauchen eine sichere Radweganbindung. Dies soll in einem Stufenplan umgesetzt werden.
- Bei zukünftigen Bauplanungen müssen die Bedürfnisse des Radverkehrs konsequent einbezogen werden.
- Wir fordern die Erschließung des Gewerbegebiets West (Merkurstraße) über einen Radweg parallel zur vorhanden Bahntrasse im Süden des Gebiets als auch die Erschließung des Gewerbegebiets bzw. von IKEA aus Richtung Hohenecken. Vor allem der Gefahrenpunkt „Kleeblatt“ an der Pariser Straße muss sicher überquerbar werden.
- Die Radwegführung vom Rathausgelände über das Kammgarngelände in das Lautertal soll als „Radschnellstraße“ ausgebaut werden.
- Wir wollen schnelle und sichere Ost/West- und Nord/Süd-Verbindungen schaffen. Dafür eignet sich eine Route durch die Stein-, Mannheimer-, Friedens- und Donnersbergstraße bis zum PRE-Park. In der Park- und der Augustastraße sollte der Radverkehr Vorrang bekommen.
- Ebenso sollte die Rütshofstraße längs der Kläranlage Richtung Otterbach als Fahrradstraße ausgewiesen werden.
- Die guten Erfahrungen des Arbeitskreises Radverkehr mit der Beteiligung der Verbände soll wie bisher weitergeführt werden.

7.3 Auf dem Weg zur fußgänger*innenfreundlichen Stadt

Ein Fußwegekonzept der Stadt muss endlich beschlossen und die Maßnahmen umgesetzt werden. Bei allen Straßenbaumaßnahmen muss der Fußgänger*innenverkehr planerisch und baulich umfassend berücksichtigt werden. Dazu gehören verbesserte Ampelschaltungen, sichere Wege und Fußwegenetze.

Die Schulwege in Kaiserslautern müssen sicherer werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Gefahrenquellen beseitigt werden, zum Beispiel durch die Schaffung von zeitgesteuerten Ampelanlagen mit Zebrastreifen vor jedem Kindergarten und jeder Grundschule an vielbefahrenen Straßen.

Eine Innenstadt mit wenig Autoverkehr sorgt für mehr Lebensqualität. In der Innenstadt sorgen Fußgänger*innenzonen für eine entspannte Atmosphäre und laden zum Verweilen und Einkaufen ein. Mit den Vertreter*innen des Einzelhandels sind Lösungen für die Erreichbarkeit der Geschäfte mit Autos zu finden. In den Stadtteilen und der Innenstadt möchten wir anregen, weitere verkehrsberuhigte Bereiche einzurichten.

Zebrastreifen sind bei einem guten Ausbaustandard eine gute Alternative zu Ampelanlagen. Wo es erwünscht oder notwendig ist, soll das Queren der Fahrbahnen auch außerhalb der Knotenpunkte durch zusätzliche Zebrastreifen erleichtert und gesichert werden.

7.4 Verkehrsfluss verbessern

Wir Grüne wollen einen guten, reibungslosen Verkehrsfluss aller Teilnehmenden erreichen und dafür den Sinn von Ampelanlagen im Stadtgebiet prüfen und versuchsweise Ampeln abschalten. Außerdem setzen wir uns für eine moderne Sensorik in Ampeln ein, um Wartezeiten für Busse, Autofahrer*innen, Radfahrer*innen und Fußgänger*innen zu verringern.

Um den motorisierten Individualverkehr innerhalb Kaiserslauterns zu minimieren, setzen wir uns für ausreichende P+R-Parkplätze (Park and Ride) an entsprechenden Bahnhöfen und Haltepunkten ein. Dafür soll ein Konzept erarbeitet werden, um auf allen Eisenbahnstrecken von und nach Kaiserslautern P+R-Parkplätze einzurichten oder bei Bedarf auszuweiten. Dies betrifft die Bahnhöfe und Haltepunkte: Vogelweh (Neugestaltung in Planung), Gelterswoog (Neueinrichtung), Enkenbach-Alsenborn, Hochspeyer (bereits geschaffen), Kreuzhof (ggf. Neueinrichtung) bzw. Lampertsmühle-Otterbach. Eine optimale Verknüpfung mit dem regionalen Busverkehr soll z.T. auch durch eine Neuausrichtung der Linien erreicht werden.

7.5 Gemeinsinn statt Raserei

Wir Grüne möchten ein neues Leitbild in der Verkehrsplanung verankern: Nicht ein Schilder- und Ampelwald soll den Verkehr regeln, sondern Gleichberechtigung und Rücksichtnahme. Statt Rechthaberei soll es künftig auf Aufmerksamkeit und Kommunikation ankommen. Dies funktioniert in vielen Städten auch auf Hauptstraßen, wie zum Beispiel in der belgischen Großstadt Gent oder im niedersächsischen Bohmte. Schilder und Ampeln werden weitgehend abgebaut. Es gilt Rechts-Vor-Links und der Vorrang von Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen.

Der Verkehr fließt zwar langsamer, aber gleichmäßiger. Das ist ein Plus für alle Seiten: Die Anwohner*innen werden weniger von Lärm und Abgasen belästigt. Der Stress für Autofahrer*innen und Fahrradfahrer*innen nimmt ab. Fußgänger*innen können jederzeit nach Bedarf die Fahrbahn queren. Die Schwere von Unfällen nimmt ab. Die gegenseitige Rücksichtnahme als Prinzip ermöglicht eine hohe Lebensqualität für alle Beteiligten.

In Kaiserslautern soll modellhaft in einem Stadtteil die Gleichstellung aller Verkehrsteilnehmenden, Fußgänger*innen, Fahrrad und Auto erprobt werden. Bei guten Ergebnissen sollte das Konzept ausgeweitet werden.

8 SOLIDE FINANZ- UND HAUSHALTPOLITIK

Die Verschuldung der Stadt nimmt immer mehr zu. Es ist an der Zeit, offen zuzugeben, dass eine Konsolidierung des Haushalts der Stadt Kaiserslautern aus eigener Kraft nicht mehr erreichbar ist.

Hierbei hilft auch nicht die Forderung nach Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen, die die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier jährlich aufstellt. Ohne Änderungen in der Finanzausstattung der Kommunen, zum Beispiel durch die vollständige Finanzierung gesetzlicher Aufgaben durch Bund oder Land, die die Aufgaben an die Kommune übertragen haben oder durch einen kommunalen Finanzausgleich, werden keine Verbesserungen des Haushalts erreicht werden können.

Dies ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Die Haushaltsmisere ist auch selbst verschuldet. Es wurde jahrzehntelang eine verschwenderische Ausgabenpolitik betrieben, welche ein Vergehen gegen die Generationengerechtigkeit darstellt. Erst in den letzten Jahren wurde etwas Kostenbewusstsein und die Einsicht gewonnen, dass es so nicht weitergehen kann.

Die Haushalts- und Finanzpolitik muss aus unserer Sicht folgenden Grundsätzen folgen:

- Eine ehrliche, umfassende Schuldenbilanz ist die Grundvoraussetzung für eine solide Finanz- und Haushaltspolitik, die sich an der Einnahmenseite orientiert und das Verschuldungstempo verringert.
- Wir brauchen eine langfristige Planung, um die Finanzprobleme anzugehen.
- Eine Reform der Verwaltung, die diesen Namen auch verdient, ist unumgänglich. Immerhin sind durch maßgebliches Betreiben der Grünen Schritte in diese Richtung eingeleitet worden, die jedoch bei weitem noch nicht ausreichen.
- Einsparungen im städtischen Haushalt dürfen nicht mit der „Rasenmäher-Methode“ vorgenommen werden. Es müssen politische Schwerpunkte gesetzt werden, damit die Ausgaben sozial gerecht und ökologisch sinnvoll erfolgen.

Weitere Kürzungen sowie Steuererhöhungen zu Lasten der Bürger*innen sind nicht mehr zumutbar. Diese Möglichkeiten zur Haushaltsverbesserung sind ausgereizt.

Deshalb werden die Grünen darauf pochen, dass das öffentliche Leben in Kaiserslautern nicht kaputtgespart wird. Die Jugend- und Kulturarbeit, Freizeitangebote wie z.B. Schwimmbäder, Zoo und Wildpark oder die Sportförderung sind beispielhafte Bereiche, die zu einer lebenswerten Stadt gehören, deren Finanzierung gesichert sein muss.

Die Verschuldung der Stadt Kaiserslautern ist auch durch die strengste Sparpolitik nicht zu stoppen. Selbst ein völliger Kahlschlag im gesamten öffentlichen, sozialen und kulturellen Leben in Kaiserslautern wird der Stadt keinen ausgeglichenen Haushalt beschere, sondern ganz im Gegenteil weitere Kosten und Probleme verursachen. Die Teilhabe aller Bürger*innen am gesellschaftlichen Leben ist für die Grünen eine elementare politische Aufgabe und zugleich der Garant für eine zukünftige solide Finanzierung des Gemeinwohls in den Kommunen.

Da Kaiserslautern aus eigener Kraft keine Chance hat, die Verschuldung zu stoppen, werden die Grünen notfalls auch den Gang vor die Gerichte nicht scheuen, um gemeinsam mit anderen Kommunen in ähnlicher Lage eine solide Finanzausstattung durch das Land und den Bund zu erreichen.

9 WIRTSCHAFTLICHE BASIS STÄRKEN UND ARMUT BEKÄMPFEN

9.1 *Wirtschaft und Arbeitsmarkt*

Die Wirtschafts- und Arbeitswelt in Kaiserslautern ist durch den Wandel vom produzierenden Gewerbe hin zu den neuen Bereichen von Wissenschaft- und moderner Informationstechnologie und den vielfältigen Konversionsprojekten in und um die stillgelegten Militärgelände geprägt. Die Deindustrialisierung hat über die Jahre zu erheblichen Strukturverwerfungen mit hoher Arbeitslosigkeit in der Stadt geführt. Die Arbeitslosenquote liegt weiterhin konstant um 10%, das sind ca. 5.500 Menschen. Davon beziehen über 4.000 Personen Leistungen nach SGB II, d.h. Hartz-IV. Weitere 7.000 Personen sind unterbeschäftigt ohne Kurzarbeit.

Grüne kommunale und regionale Wirtschaftspolitik will die Vorteile und Potenziale des gesamten Wirtschaftsraums Westpfalz und darüber hinaus nutzen und weiterentwickeln. Die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, von denen Menschen ohne staatliche Unterstützung leben können, bleibt eine wichtige Aufgabe, der sich die Fraktion der Grünen im Stadtrat stellen wird. Wir werden dafür sorgen, dass bei allen Neu-Ansiedlungen diese Frage ganz vorne steht.

Wir machen uns stark, die Potenziale der erneuerbaren Energien in der Region und für die Region zu nutzen. Investiertes Geld muss in der Region bleiben. Die Energiewende kann so auch gerade in der strukturschwachen Westpfalz ein Hebel für arbeitsplatzschaffende Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen sein.

8.2 *Armut und gesellschaftliche Teilhabe*

Armut gibt es auch in Kaiserslautern. Sie ist für viele Menschen hier, insbesondere Alleinerziehende, Kinder und ältere Menschen, Realität. Mehr als 11.000 Bürger*innen Kaiserslauterns leben von Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Fast ein Viertel aller Minderjährigen sind davon betroffen.

Wir verstehen Armutsbekämpfung als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Um die Situation der Menschen in solchen Lebenssituationen auch zu erfassen, werden wir einen "Armuts- und Reichtumsbericht", analog dem des Landes Rheinland-Pfalz, für Kaiserslautern auf den Weg bringen. Dieser wird Ausgangspunkt weiterer gezielter Maßnahmen sein.

Darüber hinaus wollen wir die folgenden Punkte in den nächsten Jahren umsetzen:

- Der zweite Arbeitsmarkt muss durch die Stärkung von Beschäftigungs-gesellschaften stabilisiert werden. Dabei muss auf die Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt geachtet werden. Alle Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, Langzeitarbeitslosen eine neue Perspektive aufzuzeigen.
- Die Projekte aus dem Bereich „Soziale Stadt“ müssen verstetigt und in reguläre, beständige Arbeit überführt werden. Damit wollen wir u.a. den Abbau sozialer Brennpunkte weiter voranbringen.
- Neukonzeption eines Sozialpasses zur finanziellen Unterstützung bei Inanspruchnahme kommunaler Dienste.
- Regelmäßige Überprüfung der angemessenen Wohnkosten für ALG-II-Bezieher*innen, um die steigenden Wohnungsmieten auszugleichen.

8.3 Sozialpass neu konzipieren

Im Jahr 2000 wurde in Kaiserslautern ein Sozialpass eingeführt. Dieser soll Menschen mit wenig Einkommen die Teilhabe an Mobilität und Kultur in der Region ermöglichen. Im Laufe der Jahre wurden die Leistungen des Sozialpasses vor allem dahingehend eingeschränkt, dass die vergünstigten Monatskarten für den öffentlichen Nahverkehr zuletzt ganz eingestellt wurden. Damit ist der wichtigste Nutzen für die Menschen weggefallen.

Wir Grüne wollen allen Menschen in Kaiserslautern eine soziale Teilhabe ermöglichen, dazu gehört unter anderem die Mobilität und bezahlbare Energie. Daher haben wir uns einer Initiative für eine Erweiterung des Sozialpasses auch in den Bereichen Mobilität, Energie und Kultur angeschlossen.

Daher fordern wir die Neukonzeption des Sozialpasses. Es geht um ein Stück gerechtes und solidarisches Miteinander. Hier müssen neue Wege und Finanzierungen angedacht und umgesetzt werden. Wir werden uns mit unserem Engagement und unserer Kreativität dort einbringen.